

Atom- oder Gaskraftwerke? Beides ist falsch – Erneuerbare obsiegen!

Seit Jahren rechnen uns die Stromkonzerne vor, für unsere Stromversorgung komme nur entweder Erdgas oder Atomenergie in Frage. Die bürgerlichen Parteien, auf diesem Gebiet mit Sachverstand nicht gesegnet, fallen wie in Selbsthypnose auf die alten Atomfanatiker herein. Doch der Elefant im Wohnzimmer wächst schnell. Es sind die erneuerbaren Energien. Man kann sie immer weniger übersehen.

Die Axpo bringt Kino-Werbespots mit Köbi Kuhn, die Solarzellen verhöhnen. Atel-Chef Lombardi macht sich über die Windenergie lustig: sie sei bloss „für den Bedarf hinter dem Komma“. Das Nuklearforum beauftragt Burson-Marsteller mit dem Aufbau von staatlich und halbstaatlich bezahlten pro-Atom-Bürgerinitiativen „für Klimaschutz“. Es ist jene Werbefirma, die bis vor kurzem noch Pinochet verteidigte, Bush's Irakkrieg reinwusch oder im Auftrag von Ölfirmen den Treibhaus-Effekt dementierte, vor dem sie uns heute mit Atomkraft „schützen“ will.

Auch wenn die Lobbyisten immer lauter und zahlreicher schreien, hat die Atomenergie keine guten Karten. Allein schon die Fristen. Sogar die atomgläubige NZZ hat begriffen, dass es „16 bis 18 Jahre bis zur Inbetriebnahme“ eines AKWs dauert. Das ist übrigens auch in den USA nicht viel anders, die nicht für umweltfreundliche Bürokratien bekannt sind.

Man vergleiche dies mit 16 bis 18 Wochen für den Bau einer Windfarm.

Und wie deckt man in der Zwischenzeit die angebliche „Energierücklage“, wenn der Stromverbrauch dank subventionierten Stromheizungen und fehlender Effizienz munter ansteigt? Die Pläne für Gaskraftwerke sind ein Eingeständnis, dass die Atomindustrie kurzfristig eben gar nicht liefern kann. Zu spät aufgestanden, kann man sagen. Geschwächt noch immer vom Tschernobyl-K.O. nach Punkten. Wer klug nachdenkt und die Entwicklungen kennt, stellt fest, dass in „16 bis 18 Jahren“ die Solarenergie längst so weit ist, dass

sie ganze AKWs im Handumdrehen ersetzen kann. Die Atomlobby hat viele Probleme. Zum Beispiel wird heute klar,

- dass es auf die Schnelle gar keinen Euroreaktor zu kaufen gibt – zu gross sind die Bau-Pannen in Finnland, die Verzögerungen und Kostenüberschreitungen schon nur bis jetzt.
- Dass Uran inzwischen knapp ist. Die Preise haben sich versechsfacht und die Qualität der Erze sinkt rapide ab. Ohne „Schnellen Brüter“ kommt man da nicht weit, und welche Regierung will nochmals Milliarden für eine zweite Super-Phénix-Pleite verbrennen, wenn es billigere Alternativen gibt?
- dass Einsprachen gegen Konstruktionsfehler und –risiken neuerdings vor Bundesgericht kommen. Kein Beschwerdeführer muss sich von einer atombesoffenen Bundesratsmehrheit ungerechtfertigt abwimmeln lassen.

Am stärksten in Bedrängnis bringt die Atomlobby jedoch, dass sie mit jedem Neubau die Hürde eines Referendums nehmen muss. Ein „Nein“ liegt den Schweizern stets näher als ein „Ja“ und mit einer Nein-Parole haben die Umweltorganisationen erheblich bessere Chancen zu gewinnen. Denn diesmal werden sie nicht allein kämpfen. Manche Kantone wie Baselland und das rot-grüne Basel-Stadt müssen in die Kasse greifen, um sich „mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen neue Atomkraftwerke“ zu wehren. So steht es in deren Verfassung und Gesetz.

Inhaltlich ist die scheinheilige Parole vom blossen „Ersatz bestehender Atomanlagen“ eine Mogelpackung. Die neuen Reaktoren werden schon allein aus ökonomischen Gründen drei- bis fünfmal grösser geplant als die bestehenden. Die Atomplaner vom PSI streben 70% bis 80% Atomanteil im Stromsektor an, wie man in den „Energieperspektiven“ nachlesen kann. Sie denken nicht im Traum daran, den erneuerbaren Energien Platz zu machen.

Die nächste Volksabstimmung wird jedoch in einem Umfeld stattfinden, wo erneuerbare Energien sichtbare Erfolge verzeichnen: Dächer, die Strom machen, Bauern, die Holz,

Wind und Sonne verstromen; Bohrfirmen, die routinemässig heisses Wasser aus dem Boden holen.

Bei den erneuerbaren Energien herrscht Aufbruchstimmung, denn die Technik wird Jahr für Jahr billiger, während Öl, Gas, Kohle und Atom ihren Anspruch auf kostengünstige und sichere Energie Jahr für Jahr stärker verspielen.

Heute ersetzt die Windkraft jeden Monat ein AKW der Grösse Mühleberg. Bis 2010 werden es mindestens drei pro Monat sein, und mit der Offshore-Erschliessung von Nordsee, Ostsee, Mittelmeer und Atlantik steht eine in jeder Hinsicht unendliche Energie zur Verfügung, die jeglichen Bedarf in Europa sauber und ungefährlich decken kann.

Big Bang in Switzerland

Bei uns beginnt der Big Bang am 1. Januar 2008. Dank Einspeisevergütungen im neuen Stromversorgungsgesetz erhalten auch bei uns neue Industriezweige gleich lange Spiesse wie die Atomenergie, die schon immer eine kostendeckende Vergütung hatte.

Schweizer Atomkraft-Hersteller wie ABB oder Alstom gingen beinahe pleite und zogen sich mangels Nachfrage aus der Atomenergie zurück. Sie werden nie mehr zurückkehren. Bei einem AKW geht heute die meiste Wertschöpfung ins Ausland – dort werden die Reaktoren gebaut, die Brennstäbe konditioniert, das Uran extrahiert. Demgegenüber schaffen erneuerbare Energien Arbeit, know how und Erträge bei uns. Ein völlig neues einheimisches Gewerbe wird so entstehen und uns helfen, energiepolitische Referenden zu gewinnen.

Selbst die atombesessenen Franzosen machen sich eher lustlos an ein neues AKW heran. Electricité de France investiert inzwischen jedes Jahr Milliarden in die Windenergie und die Staatsfirma Areva hat soeben die Mehrheit des drittgrössten deutschen Windkonzerns Repower übernommen, weil das Windgeschäft mit 30% Wachstum oder 15000 MW Zuwachs offensichtlich sehr viel konkreter boomt als das Luftschloss von der angeblichen „Atomrenaissance“. Die Atombranche brachte es letztes Jahr weltweit gerade mal auf einen Zubau von 1050 MW netto.

Die meisten unserer Nachbarländer verzichten auf neue Atomkraftwerke: In Deutschland, Italien und Österreich ist neue Umwelttechnik inzwischen so umsatzstark und populär, dass sich Regierungen und Firmen gemeinsam gegen die Schweizer Atompläne wehren werden.

In der Solarbranche herrscht dank dem anhaltenden Boom eine geradezu revolutionäre Stimmung: Nach Deutschland haben Spanien, Frankreich und Italien kostendeckende Einspeisevergütungen eingeführt. Sozusagen Woche für Woche entstehen jenseits der Schweizer Grenzen neue Solarfabriken mit automatisiertem Ausstoss zwischen 20 und 120 MW pro Jahr.

Laut dem grössten Hersteller Sharp, der es schon auf 710 MW Solarzellen pro Jahr bringt, werden die Photovoltaik-Preise bis 2010 um 50% fallen. Daran besteht wenig Zweifel, denn die Zellen werden effizienter, dünner und wer es bis zur Massenproduktion von Modulen inklusive eigenem Silizium geschafft hat, macht heute 30 bis 40% cash flow vom Umsatz, und dies bei 40% Wachstum pro Jahr.

In diesem Umfeld ist es nur logisch, dass schon in fünf bis zehn Jahren jedes ungenutzte Dach mit Südausrichtung als Rezept gegen die Atomenergie durchaus glaubhaft in die Diskussion eingebracht werden darf. Mit 10 m² Solarzellen kann jede investitionswillige Familie ihre Kundenbeziehungen zur Atomlobby auflösen, und es wird üblich sein, die Axpo- und Atel-Oberen an Generalversammlungen und in Parlamenten als „Mörder“ zu beschimpfen, sobald in einem AKW wieder einmal ein Super-Gau ansteht, wie im letzten Sommer im schwedischen Forsmark, das laut Atomexperte Höglund nur ganz knapp an einem Unfall „schlimmer als Tschernobyl“ vorbeiging.

Die Atombonzen werden sich wundern, wie schnell sie in einem solchen Umfeld zum Bürgerschreck mutieren werden, denen man auf der Strasse ins Gesicht spuckt. Und dies mit gutem Recht.

Die Atomlobby muss einsam in einem zunehmend atomfeindlichen Umfeld antreten. Immer weniger Menschen nehmen die angebliche Notwendigkeit der Atomkraft für

bare Münze. Nach und nach verwerfen immer mehr Regierungen – zuletzt das bürgerlich regierte Schweden – neue Atomkraftwerke und machen Technologien Platz, die eine sichere und saubere Stromversorgung ohne radioaktive Strahlen, Abfälle, Unfall- und Terror-Risiken gewährleisten.

Dass die neuen erneuerbaren Energien nicht ausreichen, das vermögen bald nur noch jene Ewiggestrigen zu verkünden, die wie PSI-Chef Ralph Eichler seit Jahrzehnten nur daran arbeiten, ihre eigenen Abteilungen hoch bezahlten Pöstchen zu retten. Ihnen ist es nie um pragmatische Lösungen gegangen. Atomenergie hat in diesen Kreisen Religionscharakter mit Erlösungsanspruch.

Eichler verkündet jedem, der es hören will mit Stolz, die Solarabteilung am PSI gleich nach seinem Amtsantritt geschlossen zu haben. Dies zeigt symptomatisch wie das Atomestablishment den erneuerbaren Energien begegnet und immer begegnet wird.

Nun denn: ein Bewilligungsgesuch der Axpo oder der Atel für ein neues Atomkraftwerk kann niemanden mehr überraschen. Denn Sektengläubige lernen nie dazu, sie sterben höchstens aus oder kapitulieren aus Erschöpfung.

Bis zur nächsten Volksabstimmung werden noch einige Jahre verstreichen und die neuen erneuerbaren Energien werden in dieser Zeit weiter rasant zulegen, getrieben von stetig sinkenden Preisen und Kosten.

Im Jahr 2010 dürften etwa 30mal so viel zusätzliche Windkapazität ans Netz gehen im Vergleich zur Atomkraft, und etwa das Zehnfache an Solarenergie. Es wird dann immer schwieriger zu begründen, weshalb es neue Atomkraftwerke braucht.

Wenn es nicht so himmeltraurig wäre, wie in unserem Land die dicksten Budgetbrocken für eine sinnlose, hoch gefährliche und längst diskreditierte Technologie verschwendet wird, dann könnte man sich nachgerade freuen auf diese Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Atomparteien FDP, SVP und CVP. Sie werden sich mit ihrer Nibelungen-treue zur Atomenergie wenig Freunde im Volk machen.

Und namhafte Teile der Wirtschaft kämpfen heute Seite an Seite mit der SP, wenn es um neue Technologien geht.

Rudolf Rechsteiner, Basel